



UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Universitätsbibliothek Paderborn

Bericht des Rektorats der Universität - Gesamthochschule - Paderborn

Universität Paderborn

Paderborn, 1983/84 - 1984/85 nachgewiesen

Einleitung

urn:nbn:de:hbz:466:1-8493

Einleitung

Die Grundordnung der Universität-Gesamthochschule-Paderborn bestimmt in ihrem § 6 (2): "Das Rektorat legt dem Konvent jährlich Rechenschaft über die Erfüllung der Aufgaben der Hochschule ab." Nach Ablauf des ersten Amtsjahres des ersten nach der Grundordnung gewählten Rektorats wird dieser erste schriftliche Rechenschaftsbericht vorgelegt.

Der Bericht soll die Entwicklung der Hochschule in wichtigen vom Rektorat und den zentralen Gremien mit zu beeinflussenden Qualitäten und Quantitäten darstellen, insbesondere soll dies aus der Perspektive der bei der Wahl des Rektorats genannten Prioritäten erfolgen. Dagegen kann er nicht die Entwicklung einzelner Fachbereiche und Fächer in einer für die jeweilige wissenschaftliche Öffentlichkeit fachlich befriedigenden Weise nachvollziehen. Letzteres hat auf den Wegen wissenschaftlicher Kommunikation zu erfolgen und bleibt in die Autonomie der Fachbereiche gestellt.

Die Prioritäten des Gründungsrektorats (bis 1983) richteten sich auf den Aufbau der Ingenieurwissenschaften einschließlich der Informatik in Paderborn, auf den Ausbau der "kleinen Fächer" in den Geistes- und Gesellschaftswissenschaften und auf die Pflege der Abteilungen Höxter, Meschede und Soest. Das neue Rektorat hat bei seinem Amtsantritt für die zweit- und drittgenannte Priorität einen nach Lage der öffentlichen Haushalte befriedigenden Ausbaustand gesehen, ohne dabei die Notwendigkeit einzelner Arrondierungsmaßnahmen zu verkennen. Die weitere Förderung der kleinen Fächer und der Abteilungen war mithin auf dem Wege weiterer qualitativer Verbesserungen zu suchen, darunter in ergänzenden Studiengangskonzepten für bisher überwiegend auf die Lehrerausbildung beschränkten Fächern, in der Förderung der Forschung, in der Pflege der Auslandsbeziehungen, in der Entwicklung der Zusammenarbeit mit der Region.

Der Ausbau der Ingenieurwissenschaften mußte dagegen auch in quantitativer Hinsicht vorrangiges Ziel bleiben, weil hier der

Zielerreichungsgrad - gemessen an den Aufbauerfordernissen in Lehre und Forschung - unbefriedigend war. Das galt insbesondere für die Einrichtung einzelner Professuren, für das gesamte wissenschaftliche und technische Folgepersonal und für die bauliche Ausstattung. Hier sind auch heute noch die Ausbauschritte unzureichend, gleichwohl sind sowohl in der Betreuung der stark wachsenden Studentenzahlen als auch in der Einwerbung von Forschungsmitteln große Fortschritte erzielt worden, die auf hohe Leistungsfähigkeit und Einsatzbereitschaft schließen lassen.

Das Rektorat hat neben der Fortschreibung dieses Aufbauziels und neben der Verstetigung der im Bereich der Abteilungen und der "kleinen" Fächer erreichten Standards insbesondere erklärt, Akzente in der Förderung der Forschung einschließlich der angewandten Forschung und in der Pflege der Auslandsbeziehungen setzen zu wollen. Inwieweit dies auf dem Wege bzw. schon in Teilbereichen gelungen ist, soll im Bericht dargestellt werden. An dieser Stelle sollen nur einige Hinweise gegeben werden.

In der Gründungsphase hatte die Hochschule eine Reihe von Forschungsschwerpunkten gebildet, die insgesamt ihre Funktion erfüllt haben, Anstöße zu geben und die Zusammenarbeit zu fördern. Die Entwicklung der Schwerpunkte hat danach im einzelnen einen unterschiedlichen Verlauf genommen. Gleichzeitig haben sich neue Kerne gebildet. Durch das Hinzutreten der neuen Kerne hat sich das Gewicht zu den Ingenieurwissenschaften und der Informatik verschoben, die Stichworte heißen heute Entwurfswerkzeuge für hochintegrierte Schaltungen, Handhabungssysteme, Materialforschung, neue Entwicklungen im Bereich der Konstruktionswerkstoffe, Umweltanalytik, um nur einige zu nennen. Dies legt nahe, das alte Schwerpunktkonzept fortzuentwickeln und auch neue Formen zu suchen. Bei den Formen reicht die Spanne von der Beteiligung an Schwerpunkten der Deutschen Forschungsgemeinschaft und anderer Förderinstitutionen einschließlich des Bundesministeriums für Forschung und Technologie über die übliche Zusammenarbeit in Forschung und Entwicklung mit der Industrie bis zur Errichtung gemeinsamer Forschungsinstitutionen von Wirtschaft und Hochschule.

Neben der wünschenswerten Schwerpunktverlagerung, die das Gewicht der ingenieur-, natur- und wirtschaftswissenschaftlichen Forschung den der Struktur der Hochschule nach erwartbaren Proportionen annähert, bleibt die Unterstützung der Einzelforschungsförderung von größter Wichtigkeit. Zu dem Zweck sind die Förderinstrumente der Hochschule, für deren Verwendung die Forschungskommission Sorge trägt, im Berichtsjahr sorgfältig überprüft und präzisiert worden. Zusätzlich soll im kommenden Jahr ein Programm für die Förderung geistes- und sozialwissenschaftlicher Projekte in einem pro Projekt auf etwa bis zu 15 000 DM limitierten Rahmen anlaufen, weil mit einem solchen Mittelumfang an mehreren Stellen erhebliche Impulse gegeben werden können. Schließlich bleibt ein - wenn auch bisher bescheidenes - neues Förderinstrument zur Unterstützung der angewandten Forschung in den Abteilungsfachbereichen durch Bereitstellung von Hilfskraftmitteln zu erwähnen.

Im Zusammenhang mit der Forschungspolitik stand im Berichtsjahr auch das Thema Innovations- und Technologietransfer in die Region. Die Hochschule nimmt gemeinsam mit dem Kuratorium die damit angesprochene Herausforderung an und verweist u.a. auf die bereits genutzten vielfältigen Transferschienen wie Drittmittelforschung, Personalaustausch zwischen Praxis und Hochschule, technische und betriebswirtschaftliche Beratung. Daneben beteiligt sie sich an kommunalen und regionalen Initiativen für Gründerzentren durch Beratung und Angebot zur Nutzung von wissenschaftlichem Gerät. Bei aller Bereitschaft zur Mitwirkung gilt es, in der Zukunft sehr sorgfältig die Spreu vom Weizen zu sondern, den möglichen Beitrag der Hochschule genauer zu bestimmen und ggf. tatsächlich zu leisten. Rektorat und Senat sind übereinstimmend der Auffassung, daß entsprechende Infrastrukturen nach Maßgabe der Bedarfsentwicklung bereitgestellt, aber nicht in großem Umfang vorgeleistet werden sollten. Die Planungen für eine Transferstelle in der Hochschule und die Zusammenarbeit mit kommunalen Trägern von Gründerzentren sollen diesen Überlegungen Rechnung tragen.

Die Auslandsbeziehungen der Hochschule sind durch eine Vielzahl von Kontakten erweitert worden, von denen einige bereits zum Ab-

schluß von Kooperationsvereinbarungen geführt haben, wie z.B. mit dem St. Olaf's College in den Vereinigten Staaten und der Katholischen Universität Nijmegen, von denen andere soweit fortgeschritten sind, daß wir den Abschluß im nächsten Jahr erwarten. Zu den letzteren gehören z.B. Universitäten in Polen, Spanien, Ungarn, den Vereinigten Staaten. In der Regel streben wir einen Austausch von Lehrenden und Lernenden an, bekanntlich läßt sich der Studentenaustausch nicht in allen genannten Fällen in vollem Umfang durchführen. Ein besonderes Augenmerk gilt der Förderung der bei uns immatrikulierten ausländischen Studenten, deren Zahl in erfreulicher Weise zugenommen hat. Im Berichtszeitraum ist ein gemeinsamer Arbeitskreis von Professoren und Studenten eingerichtet worden, der über Probleme der ausländischen Studenten berät und Empfehlungen für ihre Lösungen erarbeitet. Intensive Kontakte der Hochschule mit den Ausländerbehörden dienen ebenfalls diesem Ziel.

Ein Bericht über die Erfüllung der Aufgaben der Hochschule kann nicht auf die Nennung der besonderen Sorgen der Hochschule verzichten, und er kann nicht unabhängig von den uns umgebenden Problemen der Bildungspolitik diskutiert werden.

Die besonderen Sorgen der Hochschule sind mit den Prioritäten schon angesprochen. Da die Universität-Gesamthochschule-Paderborn in der Mehrzahl der Jahre ihrer Gründungsphase magere Jahre der öffentlichen Finanzen erlebt hat, bleibt ihr Spielraum begrenzt, neue Probleme durch eigene Anstrengungen zur Umverteilung von Stellen und Mitteln zu lösen. Deshalb bedarf der weitere Auf- und Ausbau der gezielten Unterstützung der Landesregierung und nach Maßgabe des Hochschulbauförderungsgesetzes der Bundesregierung.

Besondere Priorität muß dabei erstens die Bereitstellung von Stellen für wissenschaftliches und technisches Folgepersonal in den Ingenieurwissenschaften haben, weil Paderborn hier eine unrühmliche Schlußlichtposition einnimmt, die mit den notwendigen Strukturen nicht in Einklang zu bringen ist und die Wettbewerbsfähigkeit behindert. Zweitens bedarf es trotz der aner kennenswerten Fortschritte beim Bau der ingenieurwissenschaftlichen Halle II, im

Sportbereich und im Kunstsilo dringend eines Ergänzungsbaus für Laboratorien der Elektrotechnik, der Informatik und der Maschinenteknik, für die Bibliothek und für einen großen Hörsaal. Die Hörsaalsituation muß in den wirtschafts- und ingenieurwissenschaftlichen Fachbereichen leider als skandalös eingestuft werden. Drittens liegt eine Aufstockung der Mittel für wissenschaftliche Hilfskräfte im vorrangigen Interesse sowohl der Förderung der Forschung als auch des wissenschaftlichen Nachwuchses. Das Graduiertenförderungsgesetz des Landes ist zwar zu begrüßen, aber mit einer Zahl von bis zu zehn Jahresstipendien für Paderborn gänzlich unzureichend. Eine katastrophale Entwicklung muß schließlich im Bibliotheksbereich abgewendet werden: Bedingt durch Preissteigerungen ist die Zahl der Buchanschaffungen von 1978 bis heute von rund 55 000 Bänden im Jahr auf rund 29 000 und die Zahl der Zeitschriften seit 1980 von 4 700 auf 3 900 zurückgegangen. Das Auslaufen der Aufbaumittel wird in zwei Jahren dann, wenn nicht Abhilfe geschaffen wird, einen weiteren Absturz zur Folge haben.

Eine Sorge des Rektorats gilt auch der Entwicklung der Studienreform. Die Hochschule hatte am Ende der Gründungsphase und im Berichtsjahr eine Reihe von Initiativen zur Einführung neuer Studiengänge ergriffen, dabei in jedem Fall die Zusicherung gegeben, diese neuen Angebote im Rahmen ihrer Kapazitäten durchführen zu können oder jedenfalls ihretwegen keine Zusätze zur bisherigen Struktur- und Entwicklungsplanung im personellen Bereich und zur Bauplanung verlangen zu wollen. Angesichts der Entwicklung der Studienreformdiskussion innerhalb und außerhalb des Landes sieht die Hochschule die Notwendigkeit zur Einführung solcher Studienangebote, die wie integrierte Studiengänge, Aufbau- und Ergänzungsstudiengänge die Durchlässigkeit fördern, und die wie Magisterstudiengänge oder integrierte Studiengänge "Wirtschaftsingenieurwesen" bzw. "Technomathematik" mehrere Disziplinen zusammenfügen. Leider beobachten wir auf der Ebene der Landesregierung eine Stagnation bei der Umsetzung solcher Vorstellungen, weil der Ungeist der Kapazitätsplanung oder Unglauben an die Reformfähigkeit der Hochschule aus sich selbst so verbreitet erscheint, daß die eigenen Reformhochschulen an der Entfaltung ihres zugegebenermaßen

nicht allzu üppigen Reformpotentials gehindert werden. Die Folge ist leider eine weitere Entmutigung der an Studienreform interessierten Hochschullehrer, Mitarbeiter und Studenten. In den letzten Wochen hat es immerhin ein wenig Bewegung gegeben: Die für die Entwicklung des geisteswissenschaftlichen Profils der Hochschule wichtigen Magisterstudiengänge der Philosophie, Geschichtswissenschaft und Geographie wurden genehmigt, die Genehmigung des integrierten Studiengangs Wirtschaftsingenieurwesen wurde in Aussicht gestellt.

An zweiter Stelle ist auf die schlechte Lage des wissenschaftlichen Nachwuchses hinzuweisen, und zwar sowohl hinsichtlich der Möglichkeiten zur Qualifikation in Postgraduiertenstudien, insbesondere mit dem Ziel der Promotion, als auch hinsichtlich der nur noch miserabel zu nennenden Berufungschancen für habilitierte Mitarbeiter. Das Rektorat hat mehrfach darauf hingewiesen, daß für die Postgraduiertenstudien nicht nur über Stipendien, sondern auch über Mittel für wissenschaftliche Hilfskräfte zusätzliche Möglichkeiten geschaffen werden müssen und daß im Wege des Fiebiger-Plans der Westdeutschen Rektorenkonferenz zusätzliche Professorenstellen einzurichten sind, für die Mitte der 90er Jahre freiwerdende Stellen gestrichen werden sollen. Diese Maßnahmen sind unverzichtbar, sowohl im Interesse der Förderung der Forschung als auch zur Gewährleistung von Innovationen in der Lehre und zur Sicherung eines wenigstens geringen Reformpotentials.

Schließlich, aber in der Bedeutung nicht zuletzt, ist auf die geplante Entwicklung des Hochschulrechts auf Bundesebene hinzuweisen, die nach häufig vertretener Meinung die Entwicklung der Gesamthochschulen in Frage stellt. Rektorat und Senat der Universität-Gesamthochschule-Paderborn sind der einmütigen Auffassung, daß die inhaltlichen Ziele der Gesamthochschule in Paderborn aufrechterhalten werden sollen und daß es sich lohnt, diese Ziele auch in anderen Hochschulformen zu realisieren. Rektorat und Senat setzen indes keinen reformatorischen Eifer darein, unsere Hochschulform in anderen Hochschulen gegen deren Willen durchzusetzen. Die Gesamthochschule Paderborn fordert die Politiker in Bund und Ländern

auf, die erfolgreiche besondere Struktur der in Paderborn integrierten und im Verhältnis zu ihren Abteilungen mit Fachhochschulstudiengängen in Höxter, Meschede und Soest kooperativen Gesamthochschule als Modell anzuerkennen und zu fördern.

1. Forschung

1.1 Drittmittel

1.1.1 Drittmittelinwerbung, ein Leistungskriterium

Grundsätzlich ist bei der Forschungsförderung zwischen einer institutionellen Förderung und der Projektförderung zu unterscheiden. Die institutionelle Förderung erfolgt mit Landesmitteln über den Haushalt der Universität-Gesamthochschule. Drittmittel dagegen müssen im Wettbewerb mit anderen Wissenschaftlern eingeworben werden und gelten deshalb auch als Gradmesser wissenschaftlicher Leistungs- und Konkurrenzfähigkeit. Hier spielt aber nicht nur die Qualität eine herausragende Rolle, sondern auch die Fähigkeit auf neue Programme flexibel reagieren zu können bzw. nach Möglichkeit schon vor einer Ausschreibung den "richtigen Draht" zu haben.

Eine weitere Form der Unterstützung der Forschung ist die Einwerbung von Industriemitteln. Hier muß man wieder unterscheiden zwischen kurzfristigen (meist kleineren) Projekten und langfristigen Forschungsunternehmungen. Diese wohl am besten als Praxiskontakte zu bezeichnenden Arbeiten sind für die Angewandten Naturwissenschaftler und die Ingenieure unverzichtbar und unterliegen ebenfalls den Gesetzen des Wettbewerbs. Gerade kleine Firmen haben aus Wettbewerbsgründen meist kein Interesse daran, daß die für sie durchgeführten Arbeiten große Publizität erlangen, aber auch größere Firmen sind bestrebt, eine